Freie Demokraten
FDP im Rat der Stadt

Rats-Update Nr. 17

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 19. Februar 2024
Zur ersten Sitzung in 2024 wurden die Duisburger Ratsmitglieder wieder einmal lautstark begrüßt: Vor dem Eingang der Mercatorhalle hatten sich Verdi-Mitglieder versammelt, um mit Trillerpfeifen darauf aufmerksam zu machen, dass es für die Wedau-Kliniken (weiterhin) eine Standortgarantie geben müsse und die bisherigen Mitbestimmungsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auch bei einem möglichen Verkauf nicht verändern dürften. Leider war ein Gespräch mit den Demonstrierenden bei der enormen Lautstärke nicht möglich, so dass alle Ratsmitglieder schnellen Schrittes durch die laute „Trillerpfeifen-Gasse“ eilten. Verdi sollte darüber nachdenken, ob eine derartige Aktion ihrem Anliegen wirklich hilft.

Diskussion über die Niederschrift der letzten Sitzung
Schon zu Tagesordnungspunkt eins, dem Protokoll der letzten Ratssitzung, kam es zu einer Diskussion zwischen Dr. Wedding (Fraktion JuDu) und dem Oberbürgermeister. Der Ratsherr kritisierte, dass seine Wortbeiträge im Protokoll gegendert worden seien, er diese Sprachform jedoch weder nutze noch gut finde. Dem entgegnete Oberbürgermeister Sören Link, dass die Verwaltung selbst entscheiden müsse, wie sie das Protokoll führe. Zur schnellen Befriedung der Situation schlug er vor, dieses Thema in der nächsten Sitzung des Ältestenrats zu besprechen, da es sich eher um eine grundsätzliche Frage handele.

Neuorganisation der städtischen Immobilienwirtschaft
Nachdem bereits in den letzten Ratssitzungen stückweise beschlossen wurde, das städtische Immobilienmanagement (IMD) aufzulösen und die gesamte städtische Immobilienverwaltung neu zu organisieren, lag dem Rat nun eine abschließende Beschlussvorlage zu diesem Thema vor. Demnach wird die gesamte Immobilienbetreuung (mit Ausnahme der Kinder- und Jugendeinrichtungen) demnächst von den Wirtschaftsbetrieben (WBD-AöR) übernommen, zu denen auch die bisherigen IMD-Mitarbeiter/innen wechseln. Die Gebäude bleiben im Besitz der Stadt, innerhalb eines sog. Sondervermögens.

Zunächst äußerten sich diejenigen, die die geplante Neustrukturierung von Anfang an kritisch sahen und schon gegen alle vorhergehenden Beschlüsse gestimmt hatten. Die Fraktionen Tierschutz/DAL und die neugegründete Fraktion Die Linke./Die PARTEI sprachen davon, dass IMD-Mitarbeiter/innen unter Druck gesetzt worden wären und dass es im Betriebsrat Geheimabstimmungen gegeben hätte, was die städtische Betriebsratsvorsitzende zu einer ungeplanten Wortmeldung veranlasste. Sie erklärte, dass sowohl die IMD-Mitarbeiter als auch alle beteiligten Betriebsräte und Führungskräfte monatelange Verhandlungen geführt hätten und letztendlich zu einem positiven Ergebnis gekommen seien, was auch in die vorliegende Beschlussvorlage eingeflossen sei.

Die Fraktion Bündnis90/die Grünen hat (nach eigener Aussage) inzwischen akzeptiert, dass die Angelegenheit zwar gegen ihren Willen beschlossen wurde, jetzt allerdings aus ihrer Sicht kein Grund mehr zur Ablehnung bestehe: „*Wir kriegen die Zahnpasta jetzt sowieso nicht mehr zurück in die Tube*“. Nach längeren Diskussionen stimmten nur die Fraktionen Linke/PARTEI, JuDu und Tierschutz/DAL gegen die Vorlage. Alle anderen Fraktionen erhoffen sich durch die Neustrukturierung eine positive Entwicklung der städtischen Immobilienbewirtschaftung.

Resolution „Kliniken Duisburg“
SPD, CDU, JuDu und Grüne hatten eine gemeinsame Resolution zum Thema „Neuausrichtung bzw. Fusionen der städtischen Krankenhäuser“ formuliert und dem Rat zur Abstimmung vorgelegt. Hintergrund ist, dass nahezu alle Duisburger Krankenhausgesellschaften zur Zeit Gespräche darüber führen, wie sie zukünftig zusammenarbeiten können, da demnächst eine große bundesweite Krankenhaus-Reform zu erwarten ist, bei der es zu zahlreichen Krankenhausschließungen kommen könnte.

Da die Stadt Duisburg nur noch 1% Anteil an den Wedau-Kliniken besitzt, sind die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der Stadt bzw. des Rates kaum nennenswert, dennoch wollten die o.g. Fraktionen sich symbolisch hinter die Interessen der besorgten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen und forderten, dass die Stadtverwaltung die Gespräche „begleiten und moderieren“ möge.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte dazu, dass auch die Freien Demokraten die Sorgen der Beschäftigten ernst nehmen, sich jedoch fragen, wer der Adressat dieser Resolution sei, wem diese nützt und welche konkreten Beschlüsse und Maßnahmen letztendlich daraus erfolgen würden. Die FDP werde die Resolution nicht ablehnen, weil sie inhaltlich falsch wäre, sondern weil bereits jetzt klar sei, dass sie reinen Symbolcharakter habe und vollkommen folgenlos bleiben wird. Dem widersprach CDU-Ratsherr Wörmann, der meinte, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Klinikums die Adressaten der Resolution seien.

Die Vertreter der Linken ließen es sich nicht nehmen darauf hinzuweisen, dass sie damals vehement gegen den Verkauf der städtischen Klinik-Anteile in Höhe von 50% waren und SPD und CDU nun die alleinige Verantwortung „für das Drama“ tragen würden, weswegen sie der Resolution auch nicht zustimmen könnten. Tatsächlich steht jedoch noch gar nicht fest, welche Folgen die Verhandlungen der Duisburger Kliniken und die notwenige Krankenhausreform haben werden und ob es dabei wirklich zu „einem Drama“ kommen wird.

Zuschuss zum Revierpark Mattlerbusch
Trotz zahlreicher Zuschusserhöhungen des Regionalverbands Ruhr (RVR) und der Stadt Duisburg produziert die Niederrhein-Therme „Revierpark Mattlerbusch“ (RPM) seit vielen Jahren negative Jahresergebnisse. Im Laufe der Zeit ist deutlich geworden, dass SPD und CDU „aus Prinzip“ an der Therme festhalten wollen, aber trotzdem nicht zu Veränderungen bereit sind. Sogar eine Bewirtschaftung des großen dazugehörigen Parkplatzes mit einer Parkgebühr von (nur) 50 Cent wurde schon abgelehnt.

In der vorliegenden Beschlussvorlage sollten dem RPM zum wiederholten Male Forderungen von ca. 240.000,-€ erlassen werden. Zudem sollte der Rat einem erneuten Zuschuss von über 1 Mio. € zustimmen. Der RVR wird für 2024 ebenfalls einen Zuschuss von über 1 Mio. € geben. Dabei handelt es sich vornehmlich um Mittel für den laufenden Betrieb. Absehbar ist aber auch, dass in den kommenden Jahren zahlreiche Reparaturen, Instandsetzungen und bauliche Erneuerungen erforderlich werden.

Die FDP-Fraktion kam in ihrer Vorberatung zu dem Ergebnis, dass dieses „Fass ohne Boden“ ohne strukturelle Veränderungen nicht weiter gefüllt werden sollte und stimmte als einzige Fraktion gegen die Beschlussvorlage, alle anderen stimmten dem Erlass und den Zuschüssen kommentarlos zu.

Senkung der Gewerbesteuer
Innerhalb der Haushaltsberatungen wurde auf Antrag von SPD und CDU (und mit Zustimmung der FDP) beschlossen, die städtische Gewerbesteuer zu senken. Die Verwaltung hatte aus diesem Begehren nun eine konkrete Vorlage erarbeitet, die dem Stadtrat jetzt zum Beschluss vorlag. Demnach konnte bereits 2023 der entsprechende Hebesatz von 520 auf 515 Punkte (%) gesenkt werden. Zum 01.01.2024 erfolgte eine weitere Senkung um 10 Punkte auf 505% und ab dem Jahr 2025 wird es eine nochmalige Senkung auf 495% geben.

Obwohl sich die Freien Demokraten natürlich eine noch deutlichere Absenkung des Hebesatzes wünschen würden, ist die Unterschreitung der 500%-Marke ein symbolträchtiges Zeichen an die Gewerbetreibenden der Stadt Duisburg, zumal es den direkten Nachbarstädten zur Zeit nicht möglich ist, ihre Hebesätze zu senken. Wie bereits bei den Haushaltsberatungen, lehnten die Grünen die Senkungen ab, da sie im Moment „den falschen Zeitpunkt“ für Steuererleichterungen sehen. Alle anderen Fraktionen stimmten zum Wohle der Betroffenen freudig zu.

Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen
Die aktuell gute Haushaltslage lässt es auch zu, die städtische Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen komplett abzuschaffen. Neben Betreibern von Geldspiel- und Unterhaltungsautomaten, mussten bisher auch Organisatoren von Tanzveranstaltungen eine Vergnügungssteuer an die Stadt abführen. Der Stadtkämmerer erläuterte, dass hiervon 9 Veranstalter betroffen seien, die bisher eine jährliche Gesamtsumme in Höhe von knapp 80.000,- € zahlen mussten.

Der Oberbürgermeister ergänzte, dass es sich hierbei um ein positives Signal an die städtische Veranstaltungs- und Unterhaltungsbranche handele. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg erklärte, dass dieses Thema auf den ersten Blick zwar „nur untergeordnet“ wirken würde, er jedoch bereits jetzt zahlreiche positive Reaktionen zu der geplanten Abschaffung erhalten habe. Der Rat beschloss die Vorlage einstimmig.

Evangelische Grundschule in Baerl wird städtisch
Einstimmig beschloss der Stadtrat auch, die evangelische Grundschule in Baerl in eine städtische Gemeinschaftsgrundschule umzuwandeln. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder dazu, dass Grundschulkinder aus Baerl nicht aufgenommen werden konnten, da (evangelische) Kinder aus benachbarten Stadtteilen bei der Aufnahme bevorzugt wurden. Als einzige konfessionelle Grundschule Duisburgs hatte die Schule bisher die Möglichkeit, derartige Entscheidungen zu treffen. Diese Umwandlung begrüßten alle Ratsfraktionen.

Änderungsantrag der FDP zum Offenen Ganztag
Die Verwaltung hatte eine Beschlussvorlage erarbeitet, die den Weg zu deutlich mehr Betreuungsplätzen im sog. „Offenen Ganztag“ (OG) schaffen soll. Dabei ging es u.a. um bauliche Erweiterungen und Zahlungen an die Trägervereine. Allerdings sollte gleichzeitig beschlossen werden, zukünftig an allen Schulen nur noch das System des offenen Ganztags einzuführen und die bisherige Variante der „Verlässlichen Halbtagsbetreuung“ (VHT) abzuschaffen, was für viele Eltern zu einem Problem werden könnte, da die Kinder im OG gezwungen werden, bis 15:00 Uhr in der Schule zu bleiben. Der Offene Ganztag soll also keine flexiblen und/oder variablen Betreuungszeiten mehr zulassen.

Das Land NRW erarbeitet zur Zeit genauere Ausführungsbestimmungen zu den Betreuungszeiten. Es gibt also noch keine genauen und verpflichtenden Vorschriften dazu. Dennoch will sich die Stadt Duisburg bereits jetzt auf den OG mit festen Betreuungszeiten festlegen. Deswegen hatte die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag erarbeitet, wonach die baulichen und finanziellen Maßnahmen jetzt beschlossen werden sollen, die Betreuungsart jedoch erst dann festgelegt wird, wenn es vom Land verbindliche Regelungen dazu gibt. Über diesen Änderungsantrag gab es eine lange Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen, die meisten mit dem Tenor, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Träger den OG in der vorgeschlagenen Form „gut und richtig“ finden. Offen blieb dabei allerdings die Frage, was Eltern und Kinder als „gut und richtig“ empfinden…

FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff erläuterte und begründete den Änderungsantrag der Freien Demokraten, konnte sich aber nicht durchsetzen. SPD, CDU, Grüne und Linke widersprachen vehement und stimmten gegen den FDP-Antrag. Nur die AfD stimmte zu. Als Konsequenz konnte die FDP-Ratsfraktion der Verwaltungsvorlage (inkl. Einführung des OG und Abschaffung des VHT) nicht zustimmen, die jedoch von allen anderen Parteien so beschlossen wurde.

Umbau des ehemaligen Schlachthofs zu einem Gewerbegebiet
Auch der geplanten Umwandlung des ehemaligen Schlachthofgeländes in Meiderich in ein neues Gewerbegebiet konnte die FDP nicht zustimmen, da die Pläne der Verwaltung die schlechtmöglichste Variante eines modernen Handwerkerhofes vorsehen. Der planungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Rainer Weiß hatte in den Vorberatungen der Fraktion erläutert, dass die geplante U-Form des Innenhofs erfahrungemäß die teuerste und unpraktikabelste Bauform sei, die von Handwerksunternehmen nicht gerne angenommen wird und deutlich zu viel Platz verschwendet. Da die anderen Fraktionen offenbar keinen Fachmann wie Rainer Weiß in ihren Reihen haben, der den Blick „über den Duisburger Tellerrand“ kennt, vertrauen sie der Stadtverwaltung und stimmten den Plänen zu.

Umgestaltung Marxloh und Altmarkt Hamborn
Es folgten zwei Beschlussvorlagen, die eine Neugestaltung der Verkehrsräume in Marxloh und im Bereich des Altmarkts in Hamborn vorsehen. Zu beiden Vorhaben erfolgten sehr lange Diskussionen, die sich vornehmlich mit der Situation der vorhandenen und zukünftigen Parkräume beschäftigten. Nach dem Willen der Stadtverwaltung soll u.a. der August-Bebel-Platz in Marxloh (also der Marktplatz) vollkommen Autofrei werden. Zudem soll die sog. Brautmodenmeile verkehrsberuhigt werden (Tempo 20) und die Anzahl der Parkmöglichkeiten auf dem Altmarkt in Hamborn deutlich verringert werden.

In den vergangenen Monaten hatte es mehrere Versammlungen und Gespräche im Stadtteil gegeben, nach denen die Verwaltung zu dem Schluss gelangte, dass Politik und Bürger sich nun einig geworden seien. Dem widersprach der Hamborner Ratsherr Volker Mosblech (CDU) vehement: Er habe keinen einzigen Bürger gesprochen, der die Ideen gut findet, diese seien vollkommen realitätsfremd. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies vermutete in seinem Wortbeitrag einen permanenten „Auto-Hass“ der Duisburger Stadtverwaltung, anders seien derartige Pläne nicht zu erklären. Dem entgegnete der zuständige Dezernent Martin Linne: „*Wer glaubt, dass Parkplätze in einen Stadtkern gehören, der ist wirklich von vorgestern*“, womit er seine offene Ablehnung gegen Autos quasi bestätigte.

Gegen die Umgestaltungspläne in Marxloh stimmte die FDP-Fraktion, JuDu und die AfD. Gegen die Pläne in Hamborn stimmten FDP, JuDu, AfD, die neue Fraktion BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) und die beiden Hamborner Ratsherren Mosblech und Heidenreich (CDU). Alle anderen Fraktionen freuen sich über die Reduzierung der Kfz-Verkehre (wie z.B. die Grünen) oder vertrauen den Vorschlägen der Stadtverwaltung, die jetzt zunächst öffentliche Gestaltungswettbewerbe ausschreiben wird - allerdings mit den nun beschlossenen Vorgaben.

Sanierung des Bahnhofs Huckingen-Angerbogen
Weiterhin beschloss der Rat mehrheitlich die komplette Sanierung des Stadtbahnhofs Huckingen-Angerbogen, der in den 60er Jahren zwar als Haltepunkt für die U79 gebaut, jedoch nie in Betrieb genommen wurde. Damals ging man vom Bau mehrerer neuer Siedlungen in der Nähe aus, die jedoch nie realisiert wurden. Durch den aktuell sehr maroden Zustand des Bahnhofs musste jetzt eine Entscheidung getroffen werden. Die Verwaltung kam nach einer detaillierten Prüfung zu dem überraschenden Ergebnis, dass es für die Stadt günstiger sei, den Bahnhof zu sanieren (obwohl er weiterhin nicht in Betrieb gehen wird) als ihn abzureißen.

Der zuständige Dezernent Linne ergänzte auf Nachfrage von FDP-Ratsherrn Wilhelm Bies, dass die Sanierung nicht nur günstiger sei, sondern man sich zudem auch die Option offen halte, den Bahnhof „eines Tages“ doch noch zu aktivieren, wenn die fortschreitende Bebauung im Angerbogen abgeschlossen wäre. Es wird derzeit mit Baukosten in Höhe von 2,3 Mio. Euro gerechnet. Die Grünen stimmten gegen die Sanierung, weil sie den Betrieb des Bahnhofs „sofort oder gar nicht“ wollen: „*Dann lieber mehr bezahlen und sofort abreißen*“. Die Option einer möglichen späteren Inbetriebnahme überzeugte die FDP-Fraktion in ihrer Vorberatung zwar nicht vollkommen, reichte jedoch für eine Zustimmung zu den Sanierungsplänen.

Neue Feuerwache an Stelle der Rhein-Ruhr-Halle
Der Löschzug 310 der freiwilligen Feuerwehr soll auf dem Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle ein neues Gerätehaus mit angeschlossenem Schulungszentrum erhalten. Der Rat beauftragte jetzt die Duisburger Infrastrukturgesellschaft (DIG) mit den Planungen und dem Bau. Da auch die dahinterliegende Parkplatzfläche saniert wird, wird von einem Kostenvolumen in Höhe von 1,1 Mio. Euro ausgegangen.

Bezahlkarte für Asylbewerber
Zu langen Diskussionen führte ein Antrag der Fraktion JuDu, in Duisburg eine sog. Bezahlkarte anstatt Bargeldauszahlungen für Flüchtlinge einzuführen. Fraglich waren die Wortbeiträge von Grünen und Linken, die die Bezahlkarte als „diskriminierend und kriminalisierend“ empfinden und daher grundsätzlich ablehnen. Der Oberbürgermeister erklärte, dass es sich um ein Bundes- oder mindestens Landes-Thema handele. Er selbst sei für die Einführung der Bezahlkarte, wenn dies alle Städte in NRW täten. Einen „Flickenteppich“ lehne er bei diesem Thema ab.

Auch FDP-Ratsherr Wilhelm Bies befürwortete die Einführung der Bezahlkarte, sah aber ebenfalls das Land in der Pflicht, hier eine einheitliche gesetzliche Vorgabe zu machen. Da es diese zur Zeit noch nicht gibt und durch die ablehnende Haltung der Grünen in der NRW-Regierung im Moment auch nicht zu erwarten ist, lehnten die großen Fraktionen den Antrag ab. Nur JuDu, FDP und AfD stimmten dafür.

Gedenktafel oder Statue für Obdachlose
Ein weiterer Antrag provozierte geradezu zahlreiche Wortmeldungen. Die (neugegründete) Fraktion „Die Linke./die PARTEI“ hatte beantragt, für eine verstorbene Obdachlose in Hochfeld, die vielen Menschen nur als Maria bekannt war, eine Gedenktafel oder eine Statue zu errichten. Diese sollte symbolisch für alle Obdachlosen bzw. für das Problem der Obdachlosigkeit stehen. Im Prinzip äußerten alle Redner Verständnis und fanden den Gedanken gut. Allerdings gab Bürgermeister Ritter von den Grünen zu bedenken, dass über Maria, trotz Nachforschungen, absolut nichts bekannt sei und er diese Angelegenheit gerne zunächst im Kulturausschuss und von der Bezirksvertretung Mitte beraten lassen würde.

Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies äußerte Sympathie für den Gedanken, auf Obdachlosigkeit aufmerksam zu machen. Allerdings sei das Thema viel komplexer und man könne diesem sicher nicht mit einer Statue gerecht werden. Er fände es effektiver, das Geld entsprechenden Initiativen zur Verfügung zu stellen, da es dort zielgerichteter verwendet werden könne. Nach zahlreichen weiteren Wortmeldungen zog „Die Linke. /die PARTEI“ den Antrag im Rat zurück und kündigte an, diesen zunächst im Kulturausschuss und in der BV-Mitte erneut stellen zu wollen.

„Stadt gegen Rassismus“- Zusatzschilder an den Ortseingängen
Ein weiterer Antrag der Fraktion „Die Linke./die PARTEI“ führte zu einer generellen Rassismus-Debatte im Stadtrat. Dem Antrag nach sollte die Stadt an allen Ortseingangsschildern Zusatzschilder mit der Bezeichnung „Stadt gegen Rassismus“ anbringen. In vielen Wortbeiträgen gab es Hinweise auf die aktuellen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und gegen die AfD, die sich daraufhin vehement dagegen wehrte, als rassistisch bezeichnet zu werden, was wiederum offenes Gelächter im Saal auslöste.

Die SPD wollte den Zusatzschildern nicht zustimmen, machte aber Werbung für eine geplante Demonstration am 02.03.2024 und forderte alle Bürgerinnen und Bürger auf, daran teilzunehmen. Viele Demonstrierende seien sinnvoller und effektiver als die beantragten Schilder. Die Grünen schlossen sich diesem Gedanken an und forderten nach zahlreichen Wortbeiträgen per Antrag das „Ende der Debatte“, dem die Mehrheit der Ratsmitglieder zustimmte. Für den oben genannten Antrag stimmten dann jedoch nur die Antragsteller selbst (Die Linke./die PARTEI) und die Fraktion BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht); alle anderen Fraktionen lehnten die Zusatzschilder ab.

Grundsteuerreform – Brandbrief des OB
Der Oberbürgermeister teilte dem Rat mit, dass er sich mit einem Brandbrief an den Ministerpräsidenten des Landes NRW gewandt habe, mit der Bitte, das aktuelle sog. „Scholz-Model“ der Grundsteuerreform zu verändern, da dieses nach internen Prüfungen der Stadtverwaltung zu starken Verwerfungen zwischen den unterschiedlichen Grundstücksarten und zu einem erheblichen Steuerausfall in den kommenden Jahren führen wird.

FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff begrüßte das Schreiben des OB, wies jedoch darauf hin, dass die FDP bereits im Jahr 2022 im Rat einen Antrag gestellt hatte, wonach der Oberbürgermeister sich an das Land wenden- und darum bitten solle, nicht dass „Scholz-Model“ der Grundsteuerreform zu verwenden, sondern eine andere Art der Berechnung zu finden. Kira Schulze Lohoff betonte, dass es schade sei, dass der FDP-Antrag damals von der großen Ratsmehrheit abgelehnt wurde und das Thema deswegen erheblich verzögert wurde, obwohl die Folgen schon damals absehbar waren. Dennoch freue sie sich, dass jetzt endlich gehandelt werde.

Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Ashdod in Israel
Einstimmig beschloss der Stadtrat, eine Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Ashdod in Israel einzugehen. Das Land NRW hatte die Stadt darum gebeten, eine Patenschaft für eine Stadt in der Nähe des Gazastreifens zu übernehmen. Dabei handelt es sich nicht um eine klassische Städtepartnerschaft, wie sie Duisburg mit Calais, Fort Lauderdale, Gaziantep, Perm, Portsmouth, San Pedro Sula, Vilnius, Lomé oder Wuhan pflegt, sondern um eine kriegsbedingte temporäre Unterstützung, wie sie bereits im letzten Jahr mit der ukrainischen Stadt Kryvyi Rih eingegangen wurde. Alle dafür notwenigen finanziellen Mittel stammen ausschließlich aus Fördertöpfen des Landes, Bundes oder der EU. Die Fraktionen der AfD und Tierschutz/DAL, sowie Ratsherr Sipahi, enthielten sich der Stimme.

Solidarität mit den Beschäftigten bei Venator
Gegen Ende der Sitzung beschäftigte sich der Rat mit der befürchteten Schließung des Werkes Venator (ehemals Sachtleben) in Homberg und dem möglichen Verlust von 500 Arbeitsplätzen. Auch zu diesem Thema hatten SPD und CDU eine Resolution formuliert, die ähnlich der Resolution zum Klinikum, keine Auswirkungen und keine Folgen haben wird, weswegen die FDP auch hier nicht zustimmte.

Um 19:45 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung mit 10 Tagesordnungspunkten folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist am 15. April 2024 geplant. Danach werden wir Sie wieder gerne über die aktuellen Themen und Beschlüsse des Duisburger Stadtrates (aus Sicht der Liberalen) informieren.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer